

CDU Overath | Am Kreuzberg 1 | 51491 Overath

Herrn
Bürgermeister Jörg Weigt
Hauptstr. 25
51491 Overath

Overath, 22.02.2018

Anregung nach § 24 GO NRW: Einrichtung eines städtischen Arbeitskreises zur politischen Partizipation und Bildung von jungen Menschen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Weigt,

wir bitten Sie, folgende Anregung nach § 24 GO NRW auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu setzen:

Der Rat der Stadt Overath möge beschließen, einen „städtischen Arbeitskreis zur politischen Bildung und Partizipation von jungen Menschen“ einzusetzen.

Der Arbeitskreis soll in regelmäßigem und kontinuierlichem Rhythmus tagen, um Handlungsempfehlungen für eine

- ***Verbesserung der strukturellen Voraussetzungen der Kinder- und Jugendpartizipation in Overath im Rahmen des kommunalpolitischen Beteiligungsprozesses und***
- ***einer Optimierung des verfassungsmäßigen Bildungsauftrages der „politische Bildung“, zu erarbeiten.***

Neben Vertretern der Verwaltung und der im Rat der Stadt vertretenen Fraktionen und Parteien, sollen dem Arbeitskreis nach Möglichkeit auch Teilnehmer der stadtweit aktiven Jugendorganisationen und nicht zuletzt der Lehrer- und Schülerschaft angehören. Ausdrücklich sollten auch interessierte Jugendliche, junge Erwachsene und fachlich interessierte Erwachsene zur Mitarbeit eingeladen werden.

Hartmut Kohkemper
Vorsitzender CDU Overath

Dr. Manfred Müller
Kordinatorin in der CDU-Planungs-
gruppe „Jugend in der CDU Overath“

Christoph Weissenberger
Vorsitzender JU-Overath

Anlage: Sachdarstellung und Begründung

CDU Overath

Am Kreuzberg 1
51491 Overath
info@cdu-overath.de

Vorsitzender
Hartmut Kohkemper
Am Kreuzberg 1

1.stellvertretender Vorsitzender
Jörg Schiefer
Krampenhöhe 50

2.stellvertretende Vorsitzende
Christiane Schloten
Höhenstr. 65

Geschäftsführer
Joachim Butenschön
Kleinhurden 43

Schatzmeister
Eduard Wolf
Florianstr. 5

Sachdarstellung und Begründung:

... zur gesellschaftlichen Ausgangslage

Die freiheitliche Demokratie bedarf wie keine andere Staatsform aufgrund des Rechts zur aktiven Teilnahme am politischen Entscheidungsprozess des gebildeten und aufgeklärten Bürgers. Obwohl ein breiter gesellschaftlicher Konsens darüber besteht, dass es Aufgabe der politischen Jugendbildung ist, junge Menschen anzusprechen, zu informieren, zur Partizipation zu befähigen und zu motivieren, besteht auf diesem Feld auch in Overath noch politischer und gesellschaftlicher Handlungsbedarf. *„Mehr als der Hälfte der Jugendlichen in der Bundesrepublik ist es laut einer Studie (JIM-Studie 2015) wichtig, über neue Entwicklungen in der Lokalpolitik und Bundespolitik Bescheid zu wissen, und 73 Prozent (2010: 63 %) der Zwölf- bis 25-Jährigen gaben an, mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht, zufrieden zu sein. Obwohl das Interesse junger Menschen an Politik zunimmt, gibt es eine wachsende Skepsis gegenüber Parlamenten und Parteien. Wenn sich junge Menschen immer weniger an den Demokratiestrukturen unserer Gesellschaft wie Parteien und Wahlen beteiligen, droht ein Legitimitätsverlust für die parlamentarische Demokratie (15. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung)“.*

Mit Blick auf die politische Jugendbildung in Overath besteht aus unserer Sicht ein gesellschaftlicher Handlungsbedarf aller demokratischen Kräfte aus Politik, Schulen, Medien und Zivilgesellschaft, dieser Entwicklung gemeinsam entgegenzuwirken. Die CDU Overath fordert deshalb eine neue Kultur der politischen Bildung und der Demokratiebildung und neue Konzepte der politischen Beteiligung für „junge Overather“, im gesellschaftlich getragenen Konsens zu entwickeln.

Derzeit lebt eine Mehrheit der Gesellschaft Weltoffenheit und Toleranz; andererseits fordert eine (wachsende) Minderheit Abschottung verbunden mit nationaler Rückbesinnung und erzeugt so erhebliche Aufmerksamkeit für populistische Inhalte. Durch die gesellschaftspolitischen Entwicklungen der letzten Jahre ist eine verstärkte Polarisierung der Gesellschaft erkennbar: Zwar nimmt die öffentliche Verteidigung der demokratischen Grundwerte zu, andererseits werden menschenfeindliche Ressentiments und Vorurteile immer häufiger zum Gegenstand und zum parlamentarischen Inhalt politischer Auseinandersetzungen.

Um junge Menschen in ihren oftmals digital geprägten Lebenswelten zu erreichen, demokratieförderndes Verhalten zu stärken und Radikalisierung präventiv zu begegnen, werden vielfältige Ansätze der politischen Bildung, der Beteiligung und der Stärkung der Zivilgesellschaft auch in Overath benötigt. Die CDU Overath setzt sich deshalb entschieden für eine ernsthafte, nachhaltige und deutlich intensivere jugendkonforme politische Bildung und Beteiligung junger Menschen in Overath ein. Politische Bildung und Beteiligung von jungen Menschen in Overath sollten dabei aus unserer Sicht stets gekennzeichnet sein von den Werten einer respektierenden demokratischen Diskussionskultur, der Toleranz gegenüber anderen Meinungen und Auffassungen, der Befähigung zu Kompromissen, der Akzeptanz mehrheitlicher Entscheidungen und der Wahrung und den aktiven Einsatz für die Grundrechte des Grundgesetzes.

Der Stadtrat hat der gemeinsamen Anregung von CDU-Overath, Junge Union Overath, Senioren Union Overath und der Fraktion der CDU im Overather Stadtrat entsprochen, Rats- bzw. Ausschusssitzungen innerhalb der Schulzeit im Schulzentrum Cyriax durchzuführen. Ergänzend zu diesem Ratsbeschluss hält es die CDU Overath für notwendig, einen kontinuierlichen Prozess zu Fragen der politischen

Bildung und Beteiligung von jungen Menschen in Overath zu verorten. Um das „Recht“ (siehe u. a. §§ 8, 80 SGB VIII) Jugendlicher und junger Overather Bürgerinnen und Bürger auf politischer Bildung und Beteiligung in Overath kontinuierlich und nachhaltig zu sichern, halten wir die von uns angeregte Einrichtung eines städtischen Arbeitskreises für zielführend. Dieser sollte getragen sein durch Mitglieder aus Politik, Verwaltung, Schulen, Jugendorganisationen und interessierten jungen Menschen.

... zur Partizipation von jungen Menschen in Overath

„Es gehört zum Wesen einer demokratischen Gesellschaft, ihre Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Diese Aufgabe kommt primär Politik und Verwaltung zu. Sie müssen Gelegenheiten und Formen der Partizipation ihren Bürgerinnen und Bürgern bereitstellen (15. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung).“

Der Anspruch einer funktionierenden politischen Kultur in Overath muss sich auch daran messen lassen, inwieweit eine Beteiligungs- und Verantwortungskultur für Jugendliche und junge Erwachsene in Overath etabliert werden kann. Beteiligung ist für die CDU Overath ein zentraler Baustein einer demokratischen Kultur in Overath. Junge Menschen in Overath sind nach unserem Verständnis nicht passive Beteiligte, sondern wichtige, aktive, gestalterische und gleichberechtigte Experten am Gestaltungs- und Entwicklungsprozess unserer Stadt. Deshalb sind für uns Christdemokraten permanente politische Partizipation und die Berücksichtigung der Interessen junger Overather Bürgerinnen und Bürger (*entsprechend den Bezugsmöglichkeiten des SGB VIII – bis 27 Jahren*) an den politischen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen unserer Heimatstadt auf allen politischen Entscheidungsebenen Voraussetzung, um unsere Stadt zukunftsorientiert aufzustellen.

„Ritualisierte Beteiligung“ mit geringer verantwortlicher Einflussnahme reicht nicht aus, um jungen Menschen in Overath langfristige Beteiligungsmöglichkeiten zu ermöglichen. Junge Menschen in Overath müssen kontinuierlich die Möglichkeit haben, sich die erforderlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten zur Beteiligung anzueignen. Die CDU Overath stimmt ausdrücklich den Ausführungen des 15. Kinder- und Jugendberichts der Bundesregierung zu. Hier heißt es:

„Beteiligung zu ermöglichen ist eine Aufgabe, die alle Jugendliche adressiert. Die oftmals zu beobachtende Konzentration auf die Teilgruppe der engagierten Jugendlichen blendet aus, dass Jugendliche und junge Erwachsene aus benachteiligten Milieus und auch junge Menschen mit Migrationserfahrungen oft nicht in gleichem Maße in Beteiligungsformate vor Ort eingebunden sind bzw. sich dadurch angesprochen fühlen. So ist die Zusammensetzung der kommunalen Jugendparlamente häufig ein Spiegelbild dieser zielgruppenorientierten Konzentration. Will man das ändern, ist von dem Grundsatz auszugehen, dass Beteiligung nicht darauf reduziert werden darf, ob Jugendliche und junge Erwachsene sie wahrnehmen oder auch nicht, sondern dass alle Jugendlichen ein „Recht auf Partizipation“ haben und dieses Recht auch sichergestellt werden muss (15. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung).“

Hinweisen möchten wir, dass auf Grundlage des 15. Kinder- und Jugendberichts Kommunen verstärkt das Thema „Partizipation im Jugendalter“ thematisieren. Neben den Beteiligungsrechten des SGB VIII, u. a. festgelegt in den §§ 8, 80 SGB VIII, wird in diesem Zusammenhang auch die Einführung von „Partizipationshelfern“ in der kommunalen Jugendförderung diskutiert.

Um Partizipation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Overath nachhaltig sicherzustellen, soll es Aufgabe des „städtischen Arbeitskreises zur politischen Partizipation und Bildung von jungen Menschen“ sein, gesellschaftsübergreifend neue Wege und Konzepte der politischen Teilhabe und Beteiligung für junge Menschen in Overath zu erarbeiten und als Handlungsempfehlung dem Rat und den zuständigen Ausschüssen zur Beratung zuzuführen.

... zur politischen Bildung von jungen Menschen in Overath

„Es gibt junge Menschen, die sich kaum für Politik interessieren, und es gibt Jugendliche, die in politischer Hinsicht zunehmend problematische Verhaltensweisen und Einstellungen zeigen, die sich auch in extremistischem, fremdenfeindlichem und demokratieablehnendem Gedankengut und Verhalten ausdrücken. Dies sind Hinweise darauf, dass in der politischen Bildung und vor allem in der Demokratiebildung von Jugendlichen Handlungsbedarf besteht, der von der Politik und von der pädagogischen Fachpraxis sehr viel stärker aufgegriffen werden muss, als dies in der jüngeren Vergangenheit der Fall war (15. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung)“.

Demokratie ist nichts Selbstverständliches und kein Selbstläufer. Das zeigt sich sehr deutlich auch in der aktuellen politischen Diskussion. Demokratie muss immer wieder neu erarbeitet werden. Dazu müssen auch Jugendliche und junge Erwachsene bereit sein und befähigt werden. Wichtig ist, dass Jugendliche und junge Erwachsene lernen, sich zu gesellschaftlichen Themen selbst zu positionieren. Nur so erhalten Jugendliche und junge Erwachsene die Fähigkeit, eigene politische Haltung zu entwickeln und sich eine Rolle als aktive Bürgerinnen und Bürger einer demokratischen Gesellschaft anzueignen. *„In diesem Zusammenhang ist zu beobachten, dass politische Bildung von jungen Menschen kaum noch Gegenstand allgemeiner gesellschaftspolitischer oder fachpolitischer Debatten mit und zwischen Jugendlichen ist (15. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung)“.* Nach und nach sind der Gesellschaft und der Politik die *„zukunftsgestaltende Jugend (15. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung)“* verloren gegangen.

Der 15. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung sieht die Schule als einen der zentralen *„Orte der Identifikations- und Demokratiebildung“* in einer besonderen Verantwortung. *„Demokratiebildung besteht dabei nicht nur in der Vermittlung von Kenntnissen über Demokratie in den Unterrichtsfächern, sondern in der Entwicklung politischer Haltungen durch Beteiligung“*, so der 15. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung. Schule ist ein zentraler Bildungsort, den alle Kinder und Jugendlichen gleichermaßen im Verlauf ihrer Sozialisation durchlaufen und in dem sie wichtige fachliche, methodische, soziale und personale Kompetenzen erwerben.

Die Landesverfassung NRW enthält Vorgaben dahingehend, dass junge Menschen im Geiste von Freiheit, Demokratie und Völkerversöhnung sowie zu freiheitlicher, demokratischer Haltung und zur Bereitschaft, politische Verantwortung zu übernehmen, zu erziehen sind. Die gewünschten Haltungen können sich nur dann entwickeln, wenn sie sich mit Kenntnissen über Freiheit, Demokratie und internationaler Politik verbinden.

Professor Dr. Reinhold Hedtke und Mahir Gökbudak, Soziologen von der Universität Bielefeld, berichten in einer Forschungsarbeit, dass für politische Themen in der Sekundarstufe I an Gymnasien, Realschulen und Gesamtschulen in NRW nur ein Prozent (!) der Lernzeit zur Verfügung steht, um sich mit politischen Themen zu befassen. Pro Schulwoche sind das nur 17 bis 20 Minuten. Rechnerisch hat jeder Schüler in einer Woche 20 Sekunden Zeit, um eigene politische Positionen vorzutragen und zu diskutieren. Das Forschungsteam hat dazu in 2017 Studententafeln und Kernlehrpläne der oben

genannten Schulformen der Sekundarstufe I in NRW analysiert. Hedtke und Gökbudek stellen weiter fest, dass an Gymnasien politische Themen weniger als 32 Prozent des Unterrichts ausmachen. Auch an Gesamt- und Realschulen werden im Fach "Politik" wirtschaftliche Themen weit ausführlicher besprochen als gesellschaftliche Themen. Kein anderes Fach wird so oft von fachfremden Lehrern unterrichtet wie "Politik".

„Eine repräsentative Umfrage der Körber-Stiftung hat ergeben, dass vier von zehn Schülern nicht wissen, wofür Auschwitz steht. Tim Engartner, Professor für Didaktik der Sozialwissenschaften an der Goethe-Universität Frankfurt, sieht da einen Zusammenhang. "Das ist ein klares Zeichen, dass die politische Bildung mehr Raum braucht", sagt er (Verena Tröpper, Spiegel-Online)“.

Professor Dr. Joachim Detjen von der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt kommt auf dieser Grundlage zu dem Ergebnis, dass der Politikunterricht als "randständig" bezeichnet werden kann. *„Dies ist um so erschreckender, da es zwei schulische Unterrichtsfächer mit Verfassungsrang gibt. Verfassungsrang bedeutet, dass diese Fächer weitgehend vor Abschaffung oder tief greifender Veränderung geschützt sind. Im einen Fall handelt es sich um den Religionsunterricht. Im anderen Fall handelt es sich nicht direkt um ein Fach, sondern um die Bildungsaufgabe "politische Bildung (Professor Dr. Joachim Detjen, Bundeszentrale für politische Bildung)“.*

Als CDU-Overath stellen wir fest, dass „Politik“ und „politisch kontroverse Diskussionen“ gewollter und gesetzmäßiger Inhalt schulischen Unterrichts sind. Um politische Bildung in diesem Sinne zu verwirklichen, sollten auch kommunalpolitische Inhalte in den weiterführenden Overather Schulen verstärkt thematisiert und behandelt werden. Zu prüfen wäre in diesem Zusammenhang, ob Vertreter politischer Parteien und Mandatsträger aus dem Overather Stadtrat an den weiterführenden Overather Schulen regelmäßig über ihre Arbeit berichten und gleichzeitig den Schülerinnen und Schülern für Diskussionen und Fragen zur Verfügung stehen. Wir halten es aufgrund der bisher dargelegten Ausführungen für notwendig, sowohl mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen als auch im speziellen mit den Schülerinnen und Schülern an weiterführenden Overather Schulen in einen kontinuierlichen Dialog im Sinne des verfassungsmäßigen Bildungsauftrages „politische Bildung“ zu treten. Damit würde man gleichzeitig aktiv den politischen Bildungsauftrag der Schulen, dem Verfassungsansatz des Landes NRW und das Grundgesetz unterstützen. Die CDU Overath regt in diesem Kontext außerdem an, dass der zu bildende städtische Arbeitskreis auch Vorschläge für außerschulische Angebote der politischen Bildung entwickelt und, auf deren Durchführung hinwirkt.

Neben der Konzeptionierung politischer Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen in Overath, sollte der zu bildende Arbeitskreis auch Möglichkeiten der politischen Bildung im Jugendalter für Overather Jugendliche und junge Erwachsene diskutieren und aktivierende Handlungsansätze und -empfehlungen entwickeln. Dem Bildungsort „Schule“ kommt dabei eine zentrale Stellung, für die Bildung eines demokratischen Verständnisses von jungen Menschen, zu. Der Arbeitskreis sollte es sich zum Ziel setzen, die Schulen in Overath bei der Umsetzung des verfassungsmäßigen Bildungsauftrages zur „politischen Bildung“ zu unterstützen.